



Protokoll der Standeskommission

Sitzung vom 23. Oktober 2012 (Nr. 1065)

Vernehmlassung / Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele 2022 Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Mit Schreiben vom 17. Oktober 2012 teilt das VBS mit, der Bundesrat beabsichtige, den eidgenössischen Räten einen Verpflichtungskredit von Fr. 30 Mio. für die finanzielle Unterstützung der Kandidatur für die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 zu beantragen. Der Entscheid über die Beitragsleistung des Bundes an die Kandidatur stellt ein politisches Präjudiz mit potentiell erheblichen finanziellen Folgen dar.

Aus diesem Grund beabsichtigt der Bundesrat, mit gleichem Beschluss bereits einen Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1 Mia. zu beantragen. Mit diesem Kredit soll - im Falle eines Zuschlags durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) - die Deckungslücke des Durchführungsbudgets finanziert werden.

Im Rahmen der bisherigen Arbeiten hat der Bundesrat die Rahmenbedingungen möglicher olympischer Winterspiele in der Schweiz festgelegt: Nämlich "weisse Spiele" in einer alpinen Landschaft bei weitgehender Nutzung der vorhandenen Infrastruktur. Das der vorliegenden Vernehmlassung zugrunde liegende Konzept erfüllt diese Prämissen.

Nach Auffassung des Bundesrats haben die Ende August 2012 vorliegenden Erkenntnisse zur technischen Machbarkeit des Olympiaprojekts eine Aussagenqualität, welche die finanzielle Unterstützung des Bundes sowohl in der Phase der Kandidatur als auch im Hinblick auf die Durchführung rechtfertigt.

Das Konzept sieht St.Moritz als Host City vor. Weitere Wettkämpfe finden in Davos statt. Einzelne Veranstaltungen sind zudem in Lantsch/Lenz und in Klosters vorgesehen.

Mit der Kandidatur für die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 werden die Weichen für ein nationales Projekt von internationaler Ausstrahlung gestellt. Die Schweiz würde während der Vorbereitung und Durchführung von olympischen Winterspielen im Fokus der Weltöffentlichkeit stehen. Damit verbunden ist die einmalige Chance der Schweiz, ihre politische Tradition, kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Der Bundesrat hat am 17. Oktober 2012 das VBS beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Er hat den entscheiden, das Vernehmlassungsverfahren gemäss Art. 7 Abs. 3 lit. b des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren vom 18. März 2005 (Vernehmlassungsgesetz, VIG) konferenziell durchzuführen. Damit soll gewährleistet sein, dass der Grosse Rat des Kantons Graubünden die für die Dezember-Session traktandierte Kandidaturvorlage in Kenntnis der definitiven Haltung des Bundesrats beraten kann.

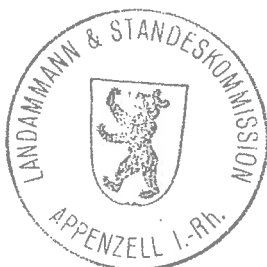
Die Standeskommission werde ersucht, am konferenziellen Vernehmlassungsverfahren vom Montag, 29. Oktober 2012, in Bern teilzunehmen.

Sollte die Standeskommission verhindert sein, an der konferenziellen Vernehmlassung vom 29. Oktober 2012 teilzunehmen, werde sie um schriftliche Stellungnahme bis 29. Oktober 2012 an das Bundesamt für Sport, z.Hd. Stefanie Mägert, Hauptstrasse 245-253, 2532 Magglingen (E-Mail an: stefanie.maegert@baspo.admin.ch) ersucht.

Die Standeskommission nimmt von dieser Einladung Kenntnis und beschliesst, sowohl auf die Teilnahme an der konferenziellen Vernehmlassung als auch auf die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu diesem Geschäft zu verzichten.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zugestellt am: 25. OKT. 2012

Geht an:

Bundesamt für Sport, z.Hd. Stefanie Mägert, Hauptstrasse 245-253, 2532 Magglingen